

Kiel, 06.05.2009

**Landtag  
aktuell**

**Es gilt das gesprochene Wort!  
Sperrfrist: Redebeginn**

**TOP 28, Beitritt Schleswig-Holsteins zum europäischen Netzwerk „Gentechnikfreie Regionen“  
(Drucksache 16/2646)**

**Dr. Henning Höppner:**

## **Für eine nachhaltige Nahrungserzeugung ohne Gentechnik**

Zum Thema der grünen Gentechnik überschlagen sich die Meldungen. Mitte April – gerade noch rechtzeitig - hat Bundeslandwirtschaftsministerin Aigner entschieden, auch in Deutschland die Aussaat der Genpflanzensorte MON 810 zu verbieten. Nach Österreich, Ungarn, Frankreich, Griechenland und Luxemburg ist die Aussaat der bislang einzigen in Europa zugelassenen Genpflanzensorte MON 810 nun in sechs EU-Mitgliedstaaten verboten. Umgekehrt hat die Ministerin kurz darauf entschieden, den Anbau der umstrittenen Genkartoffel Amflora zuzulassen. **Genmais nein, Genkartoffel ja** – dieser Kurs in Berlin ist schwer nachzuvollziehen.

Statt sich in Einzelfragen zu verlieren, ist in der grünen Gentechnik ein klarer Kurs notwendig, den wir in Schleswig-Holstein lange Zeit hatten. So ist auch der vorliegende Antrag von Bündnis 90/Die Grünen leider nur ein Baustein auf dem Weg dorthin. Wir als SPD bedauern sehr, dass Schleswig-Holstein durch einen Brief des Landwirtschaftsministeriums 2005 aus dem europäischen Netzwerk „Gentechnikfreie Regionen“ ausgetreten ist und setzen uns dafür ein, diesen Schritt rückgängig zu machen. Dabei dürfen wir jedoch nicht stehen bleiben.

Staaten und Regionen müssen auf der Basis gesicherten Rechts **selbst entscheiden dürfen, welche Gentechnik-Pflanzen sie verbieten** oder ob sie sich ganz gegen den Einsatz von grüner Gentechnik aussprechen wollen. Nach unserer festen und lange vertretenen Überzeugung kann dies am besten durch die rechtlich abgesicherte Erklä-

rung von gentechnikfreien Regionen erfolgen. So ist am effektivsten das Ziel zu erreichen: Der **vorsorgende Schutz von Mensch und Umwelt** muss auch bei der Anwendung der Gentechnik in der Landwirtschaft oberste Priorität behalten.

Die Bürgerinnen und Bürger werden das langwierige **doppelte Spiel der CSU in Bayern und der CDU/CSU-Fraktion auf Bundesebene** in Erinnerung behalten: Für Bayern fordern Ministerpräsident Seehofer und Umweltminister Söder gentechnikfreie Regionen. Gleichzeitig wird auf Bundes- und Europaebene bis zum allerletzten Moment eine Hängepartie durch Nichtfestlegung betrieben. So haben CDU und CSU Ende April den SPD-Vorschlag abgelehnt, im Deutschen Bundestag als deutsche Haltung festzulegen, dass **die Entscheidung über den Anbau grüner Gentechnik auf die Ebene der Nationalstaaten und Regionen verlagert werden** soll. Dies ist der richtige Weg, den wir weiter verfolgen und gegenüber unserem Koalitionspartner in Kiel weiter vertreten werden.

In ganz Europa wird die Forderung nach Gentechnikfreiheit in zusammenhängenden Regionen inzwischen gestellt. Dabei sind Koexistenz im Anbau und Transparenz für die Verbraucherinnen und Verbraucher zu gewährleisten. Koexistenz bedeutet, dass auf Anbauflächen, auf denen gentechnikfrei nach konventioneller oder ökologischer Art gewirtschaftet wird, auch ein **Schutz vor Einkreuzung sichergestellt sein** muss. Der Landwirt, der gentechnikfrei erzeugen will, muss genauso das Recht und die Sicherheit haben, wie der Verbraucher, der ein natürliches Produkt erwerben und verbrauchen will.

Die Teilnehmenden der 5. Europäischen Konferenz der gentechnikfreien Regionen „Food and Democracy“ haben sich Ende April für ein EU-weites Moratorium für die Zulassung und den kommerziellen Anbau von gentechnisch veränderten Organismen (GVO) ausgesprochen. Heute - nachdem sechs EU-Mitgliedstaaten den Anbau von MON810 verbieten und angesichts der rasanten Zunahme gentechnikfreier Regionen in ganz Europa - ist der Augenblick für ein **Moratorium** so günstig wie noch nie. Das Moratorium soll genutzt werden:

- um die EU-Gesetzgebung zu überdenken und die **regionale Selbstbestimmung** zu stärken.
- um die **Risikobeurteilung** im Sinne des Vorsorgeprinzips neu festzulegen. Dabei sind auch sozio-ökonomische Auswirkungen einzubeziehen.
- um eine **gentechnikfreie und vielfältige Landwirtschaft zu fördern** und die Ernährungssouveränität sicher zu stellen.

Gentechnikfreie Landwirtschaft und Lebensmittel entsprechen dem Willen der Bevölkerungsmehrheit in Europa – dies belegt die aktuelle Gentechnik-Umfrage von FORSA, nach der 78 Prozent der Bundesbürger die „ohne Gentechnik“-Kennzeichnung für sinnvoll halten und 73 Prozent sich beim Einkauf an dieser Kennzeichnung orientieren und zu solchen Produkten greifen würden – das ist ein deutliches Signal!

Für Europas Bauern und Bäuerinnen, Konsumentinnen und Konsumenten ist die nachhaltige Nahrungserzeugung ohne Gentechnik die Strategie für heute und morgen – das gilt auch in Schleswig-Holstein.